



Zu den Ergebnissen der Tarifrunde der IG Metall

Was war die Ausgangssituation?

Trotz des berechtigten Misstrauens gegenüber der Gewerkschaftsspitze, war die Beteiligung an den Warnstreiks mit ca. 800.000 hoch und viele gingen über die Aktiönchen in der Mittagspause weit hinaus. Wie bei uns, kam auch aus vielen anderen Betrieben die Forderung: Keine langen Spielchen und Verhandlungen, sondern schnell die Urabstimmung her.

Was ist das Ergebnis?

Eine Sanktionierung der Leiharbeit, eine garantierte Festübernahme der Lehrlinge gibt es auch weiterhin nicht, weiterer Lohnverlust.

Die Mobilisierung der 800.000 wurde bewusst nicht genutzt, aus Angst davor, dass die „Geister, die sie riefen“ nicht mehr beherrschbar werden.

An erster Stelle kam folglich das Aufatmen bei der IGM-Führung: Der Streik konnte verhindert werden. „30 Stunden Verhandlungsmarathon“ waren nötig, nicht etwa, um Forderungen durchzusetzen, sondern um eine glänzende Fassade aufzubauen, die die armselige Wirklichkeit verdecken soll. Vom angeblich „kräftigen Reallohnzuwachs“, über die „unbefristete Übernahme“ zur „fairen Gestaltung“ der Leiharbeit – alle Vereinbarungen dienen zu nichts anderem, als den Lohnarbeiter endgültig zum Bettler um den Verkauf seiner Arbeitskraft zu degradieren.

Schauen wir uns dieses „ganz besondere Tarifergebnis“ (Huber) im Einzelnen an:

Leiharbeit:

Grundsätzlich ist der abgeschlossene Tarifvertrag eine Festbeschreibung und damit Anerkennung des Verbrechens Leiharbeit. Lassen wir dazu Herrn Kannegiesser (Gesamtmetall) sprechen: „Nimmt man noch die absehbare materielle Besserstellung der Zeitarbeiter durch Branchenzuschläge dazu, über die die IG Metall gerade mit den Arbeitgebern der Zeitarbeit verhandelt (aktuell: verhandelt hat – siehe unten!), muss mit diesem Gesamtpaket die Debatte über Zeitarbeit endgültig befriedet sein – nicht nur zwischen den Tarifparteien, sondern auch auf der politischen Ebene.“

Die Debatte wurde „befriedet“. Eine unserer Losungen, wie wir sie in den Warnstreiks mitgetragen haben, „Leiharbeit fair gestalten ist wie Parfüm auf einen Haufen Mist“ wurde voll und ganz bestätigt. Die IG Metall-Führung ist stolz darauf, in diesen Haufen Mist nun mitwühlen und „mitbestimmen“ zu dürfen.

Dafür hat sie aber viel verkauft. Um 12% wird der Anteil derjenigen im Betrieb erhöht, der 40, statt 35 Stunden arbeitet. In Baden-Württemberg sind das künftig also 30%, die von der tariflichen Arbeitszeit abweichen werden, bei uns „nur“ 25%! Im Gegenzug können dann auch entsprechend viele 30-Stunden-Verträge abgeschlossen werden. Herr Kannegiesser ist wieder überglücklich über diese „innerbetriebliche Flexibilität“, die IG Metall-Spitze schweigt über die weitere Preisgabe des Flächentarifs hinweg.

Eine weitere Schweinerei enthält dieser Vertrag: Wenn ein Leiharbeiter fest übernommen wird, dann können im Gegenzug 750 geleistete Überstunden auf den Arbeitszeitkonten per Betriebsvereinbarung ausbezahlt werden. Das bedeutet, für 1 Festeinstellung wird ungefähr ½ Stelle dadurch gestrichen, dass die geleistete Mehrarbeit nicht mehr abgefiebert wird. Dies alles wird zu einer deutlichen Anhebung der durchschnittlichen Arbeitszeit führen (heute bereits liegt die durchschnittliche Arbeitszeit bei 41,2 Std. pro Woche – ohne Überstunden!), also zu einer Verlängerung des Arbeitstages, ganz ohne Überstundenzuschläge, per Tarifvertrag!

Branchenzuschlag für Leiharbeiter:

Wir haben bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zwar die gleiche Bezahlung wie für den Stammarbeiter vorsieht, es sei denn, es gibt einen Tarifvertrag. Der schmutzige Deal der Schröderregierung damals mit der Gewerkschaftsführung war, dass die sich verpflichteten, per Tarifvertrag die gleiche Bezahlung zu verhindern. Bis vor Kurzem haben dieses Drecksengeschäft die „Christlichen“ übernommen, jetzt sind es die DGB-Gewerkschaften.

Was nun am 22. Mai mit der IG Metall vereinbart wurde, ist ein „stufenweiser Branchenzuschlag“ für Leiharbeiter in Metall/Elektro (je nach Entleihdauer von 15% bei 6 Wochen, bis 50% nach 9 Monaten). D.h., der Zuschlag gleicht einen Teil der Differenz zwischen Leiharbeiterlohn und Tariflohn aus. Und diese ungleiche Bezahlung ist nun per Tarifvertrag bis zum Jahr 2017 (!) festgeschrieben, anstatt alle Tarifverträge für die Leiharbeit sofort zu kündigen, um die gleiche Bezahlung (wie im AÜG festgelegt) zu ermöglichen. Damit wirkt die Gewerkschaftsführung erneut am Verbrechen Leiharbeit mit, statt es zu bekämpfen.



Übernahme der Lehrlinge:

Lassen wir Herrn Kannegießer von Gesamtmetall sprechen: „Entscheidend für die Übernahme-Vereinbarung sei, dass der Arbeitgeber seinen Bedarf selbst festlegen könne und dadurch auch bestimme, wie viele Jugendliche nach der Ausbildung übernommen werden.“ Recht hat er. Es ist ganz allein der Kapitalist, der festlegt, wie viele Lehrlinge er einstellt. Der Betriebsrat darf dabei „beraten“ und dann eine Betriebsvereinbarung über die Festlegung des Kapitalisten unterschreiben. Die bisherige Regelung, dass Auslerner in der Regel mindestens für 12 Monate übernommen werden, entfällt in diesem Fall. Alle, die über das vom Kapitalisten festgelegte und vom BR unterschriebene Kontingent ausgebildet werden, haben keinerlei Anspruch auf Übernahme. Klar ist damit, dass der „Bedarf“ immer deutlich niedriger festgelegt werden wird. „Mitbestimmung“ gibt es für den BR auch

– aber nur, wenn es darum geht, festzustellen, dass eine Übernahme wegen „akuter Beschäftigungsprobleme“ doch nicht statt findet.

Kommt es zu keiner Betriebsvereinbarung, dann greift wieder die Regelung, dass „für mindestens 12 Monate zu übernehmen“ ist.

Lohnerhöhung:

Die angeblichen 4,3% Lohnerhöhung sind eine erneute Lohnsenkung. Real geht es um nur 3,97%, da es für den April 2012 keine Erhöhung gibt, also 13 Monate Laufzeit zugrunde liegen. Zieht man die Reallohnverluste der letzten 10 Jahre in Betracht, so ergibt das bereits ein deutliches Minus. Dazu die erwartete Inflationsrate von 2,7%, die ohnehin schon eine Verfälschung der Realität darstellt (In der neuesten Ausgabe der "Wirtschaftswoche" (Nr. 21/2012) findet man auf S. 83 folgende Preissteigerungsraten von April 2011 bis April 2012: Zucker 22%, Gas 6,7%, Tabakwaren 6,4%, Kraftstoffe 6,3%, Fleisch 5,9%, Haushaltsstrom 5,5%, Kaffee 5,4%, Süßwaren 4,7%, Brot 4,3%). Auch hier glänzt die IG Metall-Spitze wieder mit Unwahrheit, wenn sie von „realen Entgeltzuwächsen“ spricht.

Fazit:

Der Abschluss von Baden-Württemberg ist eine weitere Zerstörung des Flächentarifvertrags, ist eine weitere Zerstörung des Normalarbeitstages, ist eine weitere Zerschlagung des Normalarbeitsverhältnisses, ist eine Sanktionierung der Leiharbeit, sichert den Jugendlichen nichts. Dass er finanziell wieder zu

einer Minusrunde wird, war von vornherein klar, denn sonst hätte eine Forderung um die 30% durchgesetzt werden müssen.

Das Schlimme: Die Bereitschaft der Arbeiter war bedeutend höher, als sich nur auf Verhandlungen und Kamingespräche zu verlassen. Das wussten sowohl die Kapitalisten, wie auch die IGM-Führung. Um Streiks zu vermeiden, wurde diese Fassade aufgebaut.

Unsere Losungen, vom *Verbot der Leiharbeit* bis „*Nieder mit dem kapitalistischen Lohnsystem*“ waren richtig, genauso wie der Hinweis, dass es, angesichts des brennenden Europas, hier im Land nicht um Prozent-Rituale gehen kann. Konkret wäre aber die Forderung richtig gewesen, wie sie immer wieder auch auf den Vertrauensleutesitzungen kam: Es gibt nichts abzuwarten und endlos zu verhandeln: Urabstimmung und Vollstreik sofort! Keinen Abschluss ohne vorherige Abstimmung der Mitglieder (um die „Mitmach-Gewerkschaft“ mal ein Stück konkret zu machen)!

Viele Kollegen haben sich anstecken lassen von der Haltung: Da kommt ja eh nichts raus. 6,5% gefordert, irgendwo in der Mitte treffen sie sich... Das ist keine Haltung mit der wir auch nur einen Blumentopf gewinnen werden. Das ist bestenfalls eine Haltung des ewig hoffenden und um seinen „gerechten Anteil“ bettelnden Lohnarbeiters. Dabei können wir es nicht belassen. Aus unseren Schwächen müssen wir lernen und sie nicht als gottbefohlenen Schicksal hinnehmen. Denn die nächste Auseinandersetzung kommt bestimmt!

Kolleginnen und Kollegen,

solche Themen, wie auch die Weltwirtschaftskrise, wie auch die Situation in anderen Ländern, und vor allem die Frage: Was müssen wir dagegen tun?, stehen regelmäßig auf der Tagesordnung unserer Treffen alle 3 Wochen, samstags, um 11.00 Uhr, in der Posener Str. 55 (in Gröpelingen). Das nächste Treffen findet statt am 16. Juni. Ihr seid herzlich eingeladen!

Erst die Arbeit rausgeben, dann die Kollegen rausdrängen

Wenn es konkret wird, zeigt sich was das ganze Gerede des Arbeitgebers von der älter werdenden Belegschaft wert ist, nämlich gar nichts. Um ihre HPV30 Ziele zu erreichen, rationalisieren sie nicht nur an den Bändern auch noch den letzten Vorkommissionier-Platz weg, sondern planen vor allem die Bereiche fremd zu vergeben, wo man auch noch nach 20 Jahren Montage einigermaßen über die Runden kommt. Aktuelles Beispiel ist die Setkom in Halle 9. Es ist heute schon nicht mehr möglich, im Werk alle Kollegen einschränkungsgerecht einzusetzen, aber der Arbeitgeber trötet, alle werden untergebracht. Und wenn nicht? An ziemlich prominenter Stelle soll die Antwort gekommen sein, dass man diese Kollegen dann schon bearbeiten wird, bis sie freiwillig gehen. Sprich, sie werden rausgemobbt. Deswegen kann es nicht sein, dass der Betriebsrat sich darauf beschränkt, nur zu jammern, er wurde nicht richtig informiert und einzig nach dem Verbleib der dort eingesetzten Kollegen zu fragen. Nicht nur für diese Kollegen, sondern für hunderte weitere Kollegen, deren Gesundheit hier in 20, 30 Jahren Akkordarbeit ruiniert wurde, wird es keine Arbeit mehr geben, wenn wir nicht alle zusammen,

Belegschaft, Betriebsrat und vor allem mit unserer Gewerkschaft, der IGM dieser Fremdvergabe den Kampf ansagen. Denn beim Setkom wird es nicht bleiben, auch das Einsatzrahmenlager in Halle 9, mit 60 bis 70 Arbeitsplätzen, die Fördertechnik einer neuen Presse in Halle 5, weitere Teile des Rohbaus in der Funk-schneise und die Logistik in der neuen Halle 70 sind im Gespräch. Es gibt unendlich viele Gesprächsrunden auf allen Ebenen, bei denen über die Gesundheit der Kollegen palavert wird und über den sogenannten demographischen Wandel philosophiert wird. Die VKL hat extra eine Arbeitsgruppe dazu eingerichtet und aus aktuellem Anlass auch eine zur Fremdvergabe. Das macht alles Sinn, wenn hier jetzt der Widerstand unter Einbeziehung der ganzen Belegschaft organisiert wird. Denn zu warten, bis die Fremdvergabe offiziell ist, heißt den Zeitpunkt schon wieder verpasst zu haben. Für ein paar Prozent mehr Lohn haben wir die Brocken hingeschmissen, hier geht es jetzt darum, ob wir im Alter von 50 oder mehr Jahren noch eine Arbeitsmöglichkeit haben oder nicht.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ: 25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

e-mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de

(Mai 2012)